An die

Gemeinde St. Martin/Tgb.

Bauamt

5522 St. Martin/Tgb.

#### Ansuchen um Baubewilligung

im vereinfachten Verfahren

gem. §§ 2 Abs. 1 und 10 BauPolG

(Z*utreffendes bitte ankreuzen bzw. nicht zutreffendes streichen und weiße Felder ausfüllen*)

|  |  |
| --- | --- |
| **Name des Antragstellers (Vor- und Zuname)****Bezeichnung der juristischen Person** |       |
| **Anschrift, Tel. Nr., E-Mail-Adresse** |       |
| **Bezeichnung des Bauvorhabens gem. § 2 BauPolG****(*zutreffendes ankreuzen*)****[ ]  Neubau****[ ]  Zu- oder Aufbau****[ ]  Umbau****[ ]  Techn. Einrichtung (Heizung, Aufzug, etc.)****[ ]  Sonstiges** | **Beschreibung der baulichen Maßnahme:**      |
| **Ausführungsort der baulichen Maßnahme/Baustelle (Grundstück Nr., Einlagezahl, Katastralgemeinde; Adresse)** |       |
| *Sofern Zutreffend:***Ansuchen um bautechnische Ausnahme oder um Genehmigung für die Unterschreitung des gesetzlichen Mindestabstandes nach § 25 (8) Bebauungsgrundlagengesetz** | **Beschreibung des Ansuchens:**      |
| **Grundeigentümer****(Vor- und Zuname, Bezeichnung der juristischen Person, Anschrift)** |       |
| **Zustimmungserklärung der Nachbarn und der Eigentümer der Hauptversorgungseinrichtungen gem. § 7 Abs. 9 BauPolG liegt bei (*hiezu sind ausschließlich die Formulare Z1 oder Z 2 gem. LGBl 56/2002 i.d.g.F. heranzuziehen*)** | [ ]  für alle Nachbarn[ ]  für alle Eigentümer der Hauptversorgungseinrichtungen[ ]  liegt nicht vor |
| **Bauplatzerklärung**  | [ ]  bestehend mit Bescheid vom      , Zl       [ ]  bereits anhängig (Ansuchen vom      )[ ]  wird als selbständiger Verwaltungsakt beantragt (Antrag liegt bei)[ ]  wird gemeinsam mit der Baubewilligung beantragt (Antrag liegt bei) |
| **Bauführer (*sofern bereits bekannt*)** |       |
| **Verfasser der Unterlagen (*Vor- und Zuname, Anschrift*)** |       |
| Unterfertigung des Bauansuchens durch den Bewilligungswerber und den Verfasser der Unterlagen. Der Verfasser der Unterlagen bestätigt ausdrücklich, dass alle im Zeitpunkt des Bauansuchens geltenden baurechtlichen Anforderungen eingehalten werden, soweit nicht gleichzeitig um eine Ausnahme davon angesucht wird. Der Verfasser der Unterlagen bestätigt gleichzeitig, über die gesetzlich erforderliche Planungsbefugnis zu verfügen. Der Antragsteller erklärt, dass beim Vorhaben die Voraussetzungen für ein vereinfachtes Verfahren gem. § 10 BauPolG vorliegen und es sich nicht um die Errichtung eines Zweitwohnungsvorhabens gem. § 31 ROG 2009 handelt.----------------------------------------------- ------------------------------------------------------------- Ort, Datum Unterschrift des Antragstellers----------------------------------------------- ------------------------------------------------------------- Ort, Datum Unterschrift und Stempel des Verfassers der Unterlagen  |

**Erforderliche Beilagen zum Ansuchen**

**1-fach**

- amtlich beglaubigter Grundbuchsauszug oder Amtsbestätigung, woraus die Eigentümer des Grundstückes ersehen werden können (diese Unterlage darf nicht älter als 3 Monate sein)

- ggf. Abschrift der Bauplatzerklärung mit Lageplan

- Soweit eine Zustimmung der Parteien zu einer bewilligungspflichtigen Maßnahme gem. § 2 Abs. 1 BauPolG vorliegt, hat der Bewilligungswerber dies im Ansuchen bekannt zu geben und das nach § 7 Abs. 9 BauPolG festgelegte Formular Z 2 anzuschließen

- ggf. weitere, in Zusammenhang mit der baulichen Maßnahme aufgrund anderer Rechtsvorschriften erforderliche behördliche Bewilligungen (z.B. nach naturschutz- und wasserrechtlichen Bestimmungen) gem. § 4 Abs. 3 BauPolG bzw. die Bestätigung, dass die in Betracht kommenden Verfahren anhängig gemacht worden sind

- ggf. weitere Unterlagen gem. § 5 Abs. 6 und 7 BauPolG lt. Vorschreibung durch die Baubehörde

**3-fach**

**Baupläne**

1. Lageplan 1:500 auf Grundlage der Bauplatzerklärung (Lage des Baues im Bauplatz, Ausweisung der Nachbargrundstücke einschließlich Bauten, ebenso der öffentlichen Verkehrsflächen in diesem Bereich, Einzeichnung der Stellplätze für die in der Baubeschreibung errechnete Anzahl der PKW-Abstellplätze); zusätzliche Eintragungen: Nordrichtung, auf dem Bauplatz bestehende Bauten, alle hierauf bestehenden Hauptversorgungseinrichtungen (Energie, Wasser, Abwasser, Sicherheitsabstände)
2. Grundriss aller Geschoße mit Angabe des Verwendungszweckes der Räume Maßstab 1:100
3. Schnitte, insbesondere Stiegenschnitte Maßstab 1:100
4. Ansichten zur Beurteilung der äußeren Gestalt des Baues mit beabsichtigter Farbgebung Maßstab 1:100
5. Darstellung der Sammlung und Entsorgungsart der Dach- und Festflächenwässer
6. ggf. Darstellung der baulichen Vorsorge für Heizungsanlagen samt Rauchfängen, allfällige Aufzüge, Lüftungs- und Förderleitungen, Klimaanlagen udgl.
7. Brandschutzvorkehrungen

**Baubeschreibung** über die technischen Einzelheiten des Baues, Grundflächen-, Geschoßflächen- bzw. Baumassenzahl, umbauter Raum, Gebäudehülle in m², sowie der Bodenverhältnisse

**Energieausweis**, außer bei Auf- und Zubauten, durch die die konditionierte Geschossfläche des Baus um weniger als 50 m² vergrößert wird;

**Abfallwirtschaftskonzept** bei Bauvorhaben mit einer Baumasse von mehr als 5000m³ über die Vermeidung und ordnungsgemäße Trennung und Behandlung der bei der Bauführung anfallenden Abfälle einschließlich der hiefür erforderlichen Unterlagen. Entsorgungsvertrag mit einem Befugten im Falle des Abbruches eines Baues mit mehr als 500 m³ umbauten Raum.

Bei **Zu-, Auf- und Umbauten** müssen die Baupläne auch den **Altbestand** mit bewilligter Widmung des Baues erkennen lassen. Die Baupläne müssen auf haltbarem Papier und den technisch üblichen Farbgebungen erstellt werden und genau kotiert sein.

Alle Beilagen sind zu vergebühren. Die Pläne müssen maßstabgerecht gezeichnet und in ihrer Größe und Faltung dem Normformat 21 x 29,7 angepasst sein.